



„Technologisch an der Spitze bleiben“



Carsten Linnemann über Wirtschaft 4.0, lebenslanges Lernen und den Bedarf an Fachkräften

Deutschland muss auch in Zeiten der Digitalisierung wettbewerbsfähig bleiben. Wie das gelingen kann, darüber äußert sich im Vorfeld des CDU/CSU-Kongresses "Innovationen, Wettbewerb, Zusammenhalt: Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft" Unions-Fraktionsvize Carsten Linnemann.

Herr Linnemann, die Wirtschaft ist auf einem guten Kurs. Wie kann die Koalition Vorsorge dafür treffen, dass Deutschland international wettbewerbsfähig bleibt?

Linnemann: Vorsorge ist genau das richtige Wort. Für den Moment scheint ja alles in Butter. Wir eilen von Beschäftigungsrekord zu Beschäftigungsrekord. Und auch der Finanzminister kann sich über üppige Steuereinnahmen freuen. Jetzt kommt das Aber: Uns kommen exogene Faktoren zu Gute, also Faktoren, auf die wir quasi keinen Einfluss haben: Die niedrigen Zinsen und ein günstiger Dollar-Euro-Wechselkurs gehören dazu. Beim Ölpreis ist die Herrlichkeit schon wieder ein Stück vorbei. Daneben muss ich immer wieder an den Spruch von Alfred Herrhausen denken: Die meisten Fehler machen Unternehmen, wenn es ihnen gut geht. Dieser Spruch gilt genauso für die Volkswirtschaft. Gerade in guten Phasen besteht die Gefahr, dass man Herausforderungen verschläft. Das darf nicht passieren. Um dauerhaft wettbewerbsfähig zu bleiben, müssen wir daher zum Beispiel die Breitband-Infrastruktur ausbauen, Energiepreise stabilisieren, dafür sorgen, dass wir über genügend hochqualifizierte Fachkräfte für den Umbruch in unserer Wirtschaft im Zuge der Digitalisierung verfügen – Stichwort Wirtschaft 4.0.

Was sind die Hauptherausforderungen für die viel beschworene „Wirtschaft 4.0“?

Linnemann: Ich glaube, dass viele sich noch immer kein ausreichendes Bild von Ausmaß und Tempo des technologischen Umbruchs machen. Und der ist bereits voll im Gange – in der ganzen Wirtschaft: Im Banken-Bereich sehen wir die Veränderungen mit dem Rückgang des Filialgeschäfts schon jetzt. In der Zukunft werden autonom fahrende Autos ohne Verbrennungsmotor mit den Autos von heute vielleicht noch die Räder gemeinsam haben. Das Maß der Veränderung wird die industrielle Revolution locker in den Schatten stellen.

Worum geht es jetzt: Zum einen müssen wir im globalen Wettbewerb technologisch an der Spitze bleiben – zum Beispiel mit Modellregionen für den neuesten Mobilfunkstandard 5G oder mit mehr Forschung in Bereichen wie der Künstlichen Intelligenz. Zum anderen müssen wir dafür sorgen, dass die Menschen die nötigen Fähigkeiten haben. Das beginnt mit einer starken Dualen Ausbildung. Das umfasst aber auch das Thema Weiterbildung und lebenslanges Lernen.

Stichwort Weiterbildung: Was muss getan werden, um die einheimischen Arbeitnehmer für die Digitalisierung fit zu machen?

Linnemann: Hier ist vor allem die betrieblich organisierte Weiterbildung wichtig. Die Betriebe haben das Know-how, sie kennen den Bedarf am besten. Die zunehmende Bedeutung von Weiterbildungen ist ein gutes Beispiel für Dienstleistungen, die im Zuge der Digitalisierung an Bedeutung gewinnen. Umgekehrt bin ich vorsichtig, die Bundesagentur für Arbeit mit Weiterbildungsaufgaben im Zusammenhang mit der Digitalisierung zu überfrachten. Da sind die Unternehmen näher dran.

Weiter auf der nächsten Seite:

Foto: Thorsten Schneider

Nach G7 Eklat muss Europa enger zusammenrücken

Außenpolitisch begann diese Woche sehr turbulent. US-Präsident Donald Trump hat den G7-Gipfel in Kanada mit einem noch nie dagewesenen Eklat beendet. Hatte Trump noch vor seiner Abreise nach Singapur Zustimmung signalisiert, zog er diese noch aus dem Flugzeug wieder zurück.

Damit hat er der Zusammenarbeit der führenden Wirtschaftsnationen einen schweren Hieb versetzt, der die übrigen Partner verständnislos zurückgelassen hat.

Für Deutschland und die Europäische Union heißt das, dass sie ihre Handels- und Sicherheitspolitik künftig viel stärker in die eigenen Hände nehmen muss. Dies war auch ein deutliches Zeichen für die Europäische Union endlich nach außen geschlossen und mit einer abgestimmten Meinung aufzutreten und eng zusammenzurücken.

Die Bundesregierung und natürlich auch die Außenpolitiker der CDU/CSU-Fraktion werden auch weiterhin versuchen, mit der US-Regierung, dem Repräsentantenhaus und dem Senat in Gesprächen zu bleiben. Dabei müssen Deutschland und die EU unseren Gesprächspartnern aufzeigen, dass diese Art von Politik den USA auch selbst in erheblichem Maße schaden wird.

Die Union glaubt nicht, dass das Format der G7 überflüssig ist.

Es gab in Kanada gute Beschlüsse, die nur leider durch den Eklat verdeckt worden sind.

Zu nennen sind hier zum Beispiel die Beschlüsse zur Bekämpfung der hybriden Kriegsführung im Cyberraum oder die Bekämpfung von Wahlmanipulationsversuchen.

Fortsetzung:

Wieviele Einwanderung in den Arbeitsmarkt brauchen wir?

Linnemann: Beim Thema Fachkräfte geht es nicht nur um Einwanderung. Wir setzen auf drei Säulen – Inland, EU, Drittstaaten. Wir wollen in erster Linie das Fachkräftepotenzial im Inland besser nutzen. Das heißt zum Beispiel: Wir brauchen noch mehr Spielräume und Anreize für flexibles Arbeiten im Alter. Denn gerade die erfahrenen Mitarbeiter können wertvolle Dienste etwa in der Lehrlingsausbildung leisten. Daneben setzen wir vor allem auf Fachkräfte aus der EU. Da ist die Qualifikation meist kein Thema, und die Integration erst recht nicht. Für manche Bereiche werden wir auch Fachkräftezuwanderung aus Nicht-EU-Staaten benötigen. Eines ist dabei ganz wichtig. Es geht hier nicht allein um Fachkräftebedarf von Unternehmen. Es geht am Ende immer um gesellschaftliches Zusammenleben. Integrationsbereitschaft und -fähigkeit sind mindestens genauso wichtig wie die Qualifikation

Wie kann man garantieren, dass Arbeitskräfte mit passgenauer Qualifizierung zu uns kommen?

Linnemann: Das ist tatsächlich nicht ganz einfach. Denn wir haben in Deutschland aus guten Gründen anspruchsvolle Anforderungen an Berufsabschlüsse, die sich umgekehrt als Hindernis für Interessenten erweisen können. Ein Lösungsansatz sind verstärkte Ausbildungskooperationen mit anderen Staaten. Damit können wir sicherstellen, dass die Standards von vornherein passen. Daneben müssen wir uns überlegen, ob Unternehmen gezielt im Ausland sehr gute Kandidaten für Ausbildungen anwerben, die diese Ausbildung dann hier nach den hiesigen Maßstäben absolvieren.

Welche Chancen sehen Sie, dass eine Eskalation des Handelskonflikts mit den USA vermieden werden kann?

Linnemann: Seitens der EU werden wir nur mit WTO-konformen Maßnahmen auf die WTO-widrigen Strafzölle der USA reagieren. Außerdem wird die EU natürlich weiter das Gespräch mit der US-Administration suchen. Ich habe die Hoffnung, dass sich auch im Weißen Haus am Ende die Erkenntnis durchsetzt: Ein immer weiter eskalierender Handelskonflikt hat nur Verlierer. Schon die letzten Monate haben zu einer Verunsicherung geführt, die der gesamten Weltwirtschaft schadet.

Wäre „TTIP light“ eine Lösung?

Linnemann: Bei allen aktuellen Schwierigkeiten sollten wir das Ziel eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA nicht aus den Augen verlieren. Mehr aber noch muss es langfristig gemeinsames Ziel sein, die Welthandelsorganisation zu stärken. Denn diese multilaterale Organisation ist immer noch das beste Instrument, das wir zur Verfügung haben, um einen globalen Ordnungsrahmen für die Weltwirtschaft zu entwickeln – und hoffentlich irgendwann auch einmal durchzusetzen. Bei einem Abkommen mit den USA muss es vor allem um einen Abbau von Zöllen gehen. Daneben sollte man versuchen, ob man bei bestimmten wichtigen, nicht-tarifären Handelshemmnissen weiterkommt, also zum Beispiel bei Industriestandards.

Die Musterfeststellungsklage kommt

Die Koalitionsfraktionen haben bei den Gesprächen zur Einführung einer Musterfeststellungsklage eine Einigung erzielt. Dazu die verbraucherpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Elisabeth Winkelmeier-Becker:

„Wir haben uns in der Koalition geeinigt und werden wie versprochen noch diese Woche die Musterfeststellungsklage beschließen. Aus der Anhörung am Montag haben wir noch einige Anregungen mitgenommen. Wenn viele Verbraucher in gleicher Weise geschädigt sind, haben Sie damit einen einfachen Weg, ihre Anspruchsvoraussetzungen klären zu lassen. Wir haben aber auch Vorkehrungen getroffen, dass diese Klage nicht zu einem Geschäftsmodell werden kann. Die Musterfeststellungsklage wird nun bereits in erster Instanz vor den Oberlandesgerichten verhandelt werden, damit wird der Instanzenzug zum Bundesgerichtshof (BGH) deutlich verkürzt und die Verbraucher erhalten noch schneller ein rechtssicheres Urteil. Da große Schadensfälle, die Gegenstand einer Musterfeststellungsklagen werden, nicht allein Verbraucher, sondern z.B. auch Handwerker oder kleine und mittlere Unternehmen betreffen können, werden wir auch sie besserstellen: So können Gewerbetreibende ihre Klage aus demselben Grund gegen den selben Beklagten künftig aussetzen lassen, bis das Musterfeststellungsverfahren entschieden ist; das schafft ihnen die Möglichkeit, dass das Gericht über ihre Klage in Ansehung der Musterfeststellungsklage entscheiden kann, ohne dass ihr Anspruch dabei verjährt.“

Wir hätten gerne gleichzeitig mit diesem Gesetz noch eine Soforthilfe für das Problem der missbräuchlichen Abmahnungen wegen der Datenschutzgrundverordnung eingeschlossen, das war mit der SPD in dieser Form aber leider nicht möglich. Allerdings sind wir uns in der Koalition einig, uns sehr schnell und umfassend um das Thema Abmahnmissbrauch zu kümmern, so wie im Koalitionsvertrag vereinbart.“

Impressum:

Ausgabe Nr. 11/2018,
14. Juni 2018

Landesgruppe NRW
der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:
fabian.bleck@cducsu.de
Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karl-Heinz Aufmuth,
Fabian Bleck